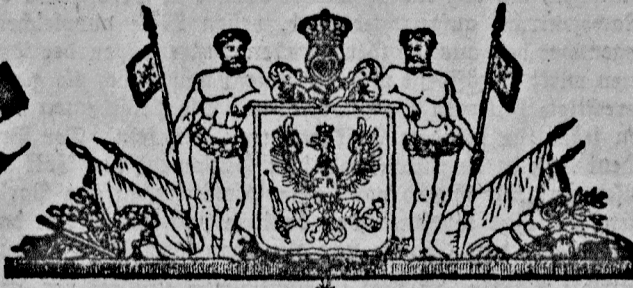


Vossische



Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint zweimal täglich (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr. Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage. Allgemeine Verlosungs-Tabelle.

Bezug: In Groß-Berlin monatlich 3 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 2.80 M. oder viertelj. 8.40 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: Zeile 1 M. u. 80 % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Reichspräsident Fritz Ebert.

Die neue Regierung.

Meldung des Vossischen Telegraphen-Büros.
Weimar, 11. Februar.

Die Nationalversammlung wählte mit 277 von 379 abgegebenen Stimmen bei 51 Stimmenthaltungen Ebert zum provisorischen Reichspräsidenten. Posadowsky erhielt 49 Stimmen, 2 zerstückelt. Ebert erklärte, die Wahl anzunehmen.

Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, fand heute Abend im Schloß eine Besprechung der Fraktionsvorstände der Mehrheitsparteien mit dem neugewählten Reichspräsidenten Ebert über die Frage der Kabinettsbildung statt. Nach den bisherigen Dispositionen der Parteien dürften die Reichsämter wie folgt besetzt werden:

- Ministerpräsident: Scheidemann (Sozialdem.).
 - Vizepräsident: Drenth (Demokrat), der gleichzeitig die Führung des Reichsamts des Innern übernehmen wird.
 - Reichsverteidigungsamt: Noske (Sozialdemokrat).
 - Reichsarbeitsamt: Bauer (Sozialdemokrat).
 - Reichsernährungsamt: Herold (Zentrum).
 - Reichsfinanzamt: Petersen (Demokrat).
 - Reichspostamt: Giesberts (Zentrum).
 - Reichsjustizamt: Schiffer (Demokrat).
 - Reichswirtschaftsamt: Wiffel (Sozialdemokrat).
 - Reichsjustizamt: Landsberg (Sozialdemokrat).
 - Auswärtiges Amt: v. Brockdorff-Rausau.
- Als Minister ohne Portefeuille werden genannt: Dr. David (Sozialdemokrat), Hue (Sozialdemokrat) und Erzberger (Zentrum).

(Den Sitzungsbericht veröffentlichen wir auf der 4. Seite.)

Wie der „Vol. Parl. Nachr.“ aus Weimar gemeldet wird, hat das Zentrum an Stelle des Unterstaatssekretärs Giesberts aus dem Reichswirtschaftsamt, der jetzt Staatssekretär des Reichspostamts wird, den Abg. Becker-Arnberg als Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt vorgeschlagen. Auch im Reichsernährungsamt wird das Zentrum einen Unterstaatssekretär stellen, wie es heißt einen Nichtparlamentarier aus Breslau.

Dr. David scheidet, wie der „Vorwärts“ mitteilt, durch seinen Eintritt in die Regierung aus dem Präsidium der Nationalversammlung aus. Für ihn tritt der Sozialdemokrat Heinrich Schulz als Vizepräsident in das Präsidium ein.

In Zentrumskreisen wird, wie wir hören, der Plan erwogen, ein selbständiges Reichskolonialamt beizubehalten. In diesem Falle würde an die Spitze des Reichskolonialamts der Abgeordnete Erzberger treten, der sonst als Staatssekretär ohne Portefeuille im Kabinett verbleibt.

2 1/2 Milliarden Fehlbetrag.

Drahtmeldung.

Weimar, 11. Februar.

Den Fraktionen der rechtsstehenden Parteien wurde bekanntgegeben, daß sich seit dem 9. November im Staatshaushalt des Reiches ein Fehlbetrag von fast 2 1/2 Milliarden Mark ergeben habe.

Die Kreditvorlage im Staatsauschuß.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

Weimar, 11. Februar.

Der Staatsauschuß hielt heute seine erste Sitzung nach dem Inkrafttreten der neuen Verfassung ab. Die Sitzung begann mit einer Rundgebung zugunsten der Reichseinheit. Von verschiedenen Seiten wurde betont, wie Reich und Bundesstaaten für jetzt und für die Zukunft unauflöslich aufeinander ange-

gewiesen seien, und daß daher auch die Verhandlungen des Staatshauses vom Geiste der Eintracht getragen sein müßten. Nach einer längeren Rede des Schatzsekretärs Schiffer wurde dann als erste Vorlage die 25 Milliarden Kreditforderung einstimmig angenommen.

Die neuen Forderungen der Entente.

Die Deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit:

Der Oberste Rat der Alliierten ließ der deutschen Obersten Heeresleitung am 10. Februar in Spa mitteilen, daß er von ihr eine Bestandsangabe über das zurzeit in Deutschland vorrätige oder in den Fabriken in Arbeit befindliche Kriegsmaterial verlange, insbesondere über die Zahl der vorhandenen Maschinengewehre, der schweren und leichten Geschütze, der Flugzeugmotoren und der Seeflugzeuge. Er begründete diese Forderungen mit der Haltung der deutschen Obersten Heeresleitung in der Polenfrage und mit der Notwendigkeit die Bedingungen zur Verlängerung des Waffenstillstandes festzusetzen.

In der Sitzung der Waffenstillstandskommission in Spa vom 10. Februar kündigte der englische Vertreter an, daß der Dampfer „Feldmarschall“ mit 27 Offizieren, 88 Soldaten, 19 Zivilisten, 108 Frauen und 99 Kindern an Bord aus Deutschland wahrscheinlich am 4. März in Rotterdam eintrafen werde. Eine namentliche Liste der heimkehrenden Deutschen wurde bisher nicht übermittelt.

Die dem General Rudant überreichte Antwortnote der deutschen Regierung zur Polenfrage, deren Inhalt bereits mitgeteilt wurde, nahm Rudant mit dem Bemerkten entgegen, er werde die Note, welche den alliierten Standpunkt zu dieser Frage kategorisch ablehne, sofort dem Interalliierten Obersten Kriegsrat zustellen.

Der Vertreter der deutschen Regierung protestierte in einer Note dagegen, daß in der offiziellen Bekanntmachung für das Unter-Elsaß vom 1. Januar im Text des Waffenstillstandsvertrages unter Umgehung vom eigentlichen Wortlaut das Abkommen Elsaß-Lothringen als ein von den deutschen Truppen besetzt gewesenes, also nicht zu Deutschland gehöriges Gebiet bezeichnet wurde. Der Vertreter der deutschen Regierung betonte, daß ein Versehen ausgeschlossen sei. Es handelte sich offenbar um einen Verdruck, die Bevölkerung Elsaß-Lothringens über die Stellung der deutschen Regierung zur Elsaß-Lothringischen Frage irreführen zu lassen. Rudant erklärte, er werde die Protestnote seiner Regierung übermitteln.

Die Rohstoff-Blockade.

Berlin, 11. Februar.

Wie die Pariser „Daily Mail“ berichtet, hat Tardieu, der französische Oberkommissar für Amerika, den Journalisten folgende Erklärung über die Rohstofffrage gemacht: Die Absicht besteht, die Blockadefrage so zu lösen, daß den Neutralen mögliche Importfreiheit für die Einfuhr von Rohstoffen gegeben wird. Die Neutralen müssen aber absolute Garantie geben, daß nichts von den Waren nach Deutschland kommt. Frankreich ist fest entschlossen, keine Rohstoffe nach Deutschland kommen zu lassen. Da ein Drittel der französischen Industrie zerstört ist, würde man Deutschland in die Lage setzen, im Frieden die französische Industrie zum zweiten Male zu zerstören. Tardieu erklärte, daß die Alliierten in dieser Frage vollkommen einig seien; in der Frage der Lebensmittel dagegen wolle man sehr großmütig mit den feindlichen Ländern sein.

Stauungen im Ruhrrevier.

Im Ruhrrevier haben sich durch den Wagenmangel auf einigen Bahnen derartige Kohlenlager angesammelt, daß die Züge schon wiederholt haben Feuerlöscher einlegen müssen. — Wie wir aus zuverlässiger Quelle vernehmen, sind die Förderer auf den rheinisch-westfälischen Bahnen in den letzten Tagen in fortwährender Steigerung begriffen. Durch spartanische Treibeisen wird die Förderung im Ruhrrevier in keiner Weise mehr aufgehalten. Dagegen machen sich spartanische Tendenzen noch im mitteldeutschen Braunkohlenrevier geltend.

Der Präsident.

Von
Georg Bernbard.

Weimar, 11. Februar.

Zum ersten Male ging heute wirkliche Feierlichkeit vor der Nationalversammlung aus. Es war von vornherein kein Geheimnis, wer aus der Wahlsurne als erster Reichspräsident des Deutschen Freistaates hervorgehen würde. Man wußte auch vorher, daß Graf Posadowsky in unnötiger Demonstration von den Deutschnationalen als Gegenkandidat auserselbst war. Trotzdem wurde sich jeder im Saale der Denkwürdigkeit des Augenblicks bewußt, als vom Präsidentenstuhl verkündet wurde, daß mit überwiegender Mehrheit der abgegebenen 328 gültigen Stimmen der Abgeordnete und bisherige Volksbeauftragte Fritz Ebert zum Reichsoberhaupt gewählt worden sei. Die wirkliche Weihe aber bekam diese Verkündung erst durch die Begrüßungsansprache des Nationalversammlungspräsidenten Dr. David. Die rednerische Begabung Davids war allen Besuchern des alten Reichstags bekannt, aber in den wenigen Tagen seiner Präsidentschaft hat er bereits bewiesen, daß er Takt, Ton und Farbe des geborenen Präsidenten besitzt. Er übertraf sich heute selbst, und trotz der Störungversuche, die sichtlich gegen den Willen der Zeitung und der Fraktion der Unabhängigen von einzelnen ihrer Mitglieder wiederholt inszeniert wurden, so lang es Dr. David immer wieder, das Haus in eine Stimmung weisevoller Aufmerksamkeit zurückzuführen. Er bereicherte der Antwort des neuen Präsidenten den Boden vor, dessen gleichzeitig beschiedene und doch bestimmte Ansprache in ihrer Schlichtheit einen tiefen Eindruck bei allen Zuhörern hinterließ und im Saale und in den Gängen minutenlangen Beifallssturm und Händeklatschen auslöste.

Das deutsche Bürgertum grüßt diesen ersten gewählten Vertreter der deutschen Volkssouveränität. Er ist aus den Reihen der Arbeiterklasse hervorgegangen. Er hat sich auch heute vor aller Welt zum Sozialismus bekannt. Er hat gleichzeitig versprochen, nicht der Präsident einer Klasse oder einer Partei, sondern der Vertreter des gesamten Volkes zu sein. Das deutsche Bürgertum hat trotz aller politischen Gegenläufe zum Präsidenten Ebert das Vertrauen, daß er seine Versprechungen erfüllen wird. Vor allem aber beugt sich auch die bürgerliche Demokratie vor dem Ergebnis der Abstimmung der Nationalversammlung, die sie als höchste und einzige Souveränität im Reiche anerkennt und deren Machtvolle durch die Wahl des Präsidenten auf Grund der endgültigen Verfassung nunmehr auf den provisorischen Präsidenten des Reiches übergegangen ist.

Es ist in dieser Stunde notwendig, sich einmal über die Stellung des Präsidenten klar zu werden. Man könnte das vielleicht für überflüssig halten. Denn da eben der Präsident der Träger der Souveränität des Reiches ist, so kann kaum ein Zweifel daran aufkommen, daß er der erste Mann im Staate und daß sein Amt an politischer Bedeutung das höchste im Reiche ist. Wertwürdigerweise aber ist in dem Streit, der während der letzten Tage hinter den Kulissen um die Besetzung derämter entbrannt war, die Meinung darüber sehr geteilt gewesen. Viele waren der Auffassung, daß der politisch wichtigste Mann in der deutschen Republik nicht der Reichspräsident, sondern der Ministerpräsident sei, weil dieser dem Parlament für die Politik verantwortlich sei und nicht der Reichspräsident die Politik zu lenken habe. Das ist schon deshalb nicht richtig, weil das Amt des Reichspräsidenten von Dauer, das des Ministerpräsidenten von den jeweiligen Parteikonstellationen im Parlament abhängig ist. Der Vorsitzende des Ministerrates in einem parlamentarisch regierten Lande ist der Vorsitzende eines Parteiausschusses oder der Ausschüsse der koalitierten Parteien. Er wird als Parteimann gewählt und muß als Parteimann während des Amtes handeln. Er mag noch so sehr bemüht sein, sich den Anschein der Unparteilichkeit zu geben, die innere Natur des Ministeramtes in parlamentarisch regierten Ländern widerstrebt jeder Unparteilichkeit.

Überall da, wo das Zweiparteiensystem im Parlament herrscht und die Wahl der Minister vom Parlament ausgeht,